

Bezugspreis:

vierteljährlich
für Bad Gms 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Beleggeld)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von P. Ehr. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amptlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen

Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Kleinanzeige 75 Pf.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Admstr. 95.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gms.

Nr. 38

Bad Gms, Freitag den 14. Februar 1919.

71. Jahrgang.

Gifelturm-Nachrichten.

Der Völkerbund.

Paris, 13. Febr. Die Kommission der Gesellschaft der Nationen hatte am Mittwoch eine Zusammenkunft. Billige Übereinstimmung ist künftig gesichert, und die Fassung des Generalrats, die von Wilson verbessert wurde, wurde durch den ersten französischen Delegierten festgelegt; die durch den ersten französischen Delegierten festgelegten Forderungen sind glücklicherweise durch die Alliierten angenommen worden. Danach verpflichteten sich die Nationen, die Mitglieder des Bundes sind, eintretenden Falles die Waffen für die Aufrechterhaltung der Unversehrtheit ihres Gebiets zu ergreifen. Der Machtstaat wird beseitigt. Man weiß, daß nach der Abreise Wilsons die Vollziehung für die Prüfung des endgültigen Textes stattfinden wird.

Das amerikanische Flottenprogramm.

Washington, 13. Febr. Das Repräsentantenhaus hat mit 194 gegen 142 Stimmen das dreijährige Flottenprogramm genehmigt und sämtliche Marineverträge bestätigt.

Reichspräsident Ebert und die Presse.

Weimar, 12. Febr. Der Reichspräsident Ebert empfing Mittwoch nachmittag im Foyer des Nationaltheaters zu Weimar die Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Presse. Er führte in einer Ansprache u. a. aus: Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit eines ganzen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin. Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen, den Frieden zu schließen und die Verfassung zu gründen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung an Regierung und Programm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideen die Programmaufstellung wesentlich beeinflussen haben. Allerdings als gewöhnliche Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu verwerfen, aber wir haben es ermöglicht, daß eine vollkommene Übereinstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisten ihre Forderungen äußern. Damit sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privaten Monopolcharakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen sein und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt, die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Sie sehen, die sozialdemokratische Partei kann und wird ihren Idealen nicht untreu werden. Aber sie lehnt es in echt sozialistischer Weise ab, ein Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftsebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen. Die Organe der Regierung, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit in verständnisvollstem Sinne zu leisten, in ihrem Sinne der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Der Reichspräsident erklärte wiederholt, daß er die Aufrechterhaltung der unbedingten Presse- und Meinungsfreiheit unter allen Umständen durchsetzen werde, und schloß mit einem Hoch auf ein geehrliches Zusammenwirken mit der deutschen Presse.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 12. Febr. Es ist eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen getroffen worden dahin, daß jedem Abgeordneten im Betrage von 1000 Mark für den Monat bezahlt werden sollen. Für jeden Tag der Abwesenheit sollen 50 Mark in Abzug gebracht werden.

Neue Schießerei in Berlin.

Berlin, 12. Febr. Gestern kam es im Zeitungsquartier wieder zu einer Schießerei. Der Dachstuhl im Hause Zimmerstraße 7-8 erhielt gegen 10.30 Uhr aus der Richtung Friedrichstraße Feuer. Es handelte sich um eine Schießerei. Vereinzelt wurden auch Schüsse aus Revolvern und einem Maschinengewehr abgegeben. Auf die Schießerei hin wurden sämtliche im Zeitungsquartier stationierte Wachkommandos alarmiert. Die Besatzung des Hofes bekam ungefähr um 12.30 Uhr von den Dachern der Häuser, die in der Schützengasse zwischen der Markgrafen- und Charlottenstraße liegen, Feuer. Es sind das dieselben Häuser, aus denen bei den früheren Kämpfen hartes Feuer eröffnet wurde. Die Besatzung erwiderte das Feuer nicht, da sie nur sehr mangelhaft beschossen wurde und auch keine unnötige Erregung verursachen wollte. Nur die in der Zimmerstraße stehenden Posten erwiderten mit einer Salve, worauf das Feuer bald verstummte. Auch in der Nähe der Reichsdruckerei wurden etliche Schüsse abgegeben, auf die die Wachmannschaften erwiderten. Vom Kommandanten der republikanischen Soldatenwehr wird mitgeteilt: Von unbekannten Personen, die zu den Befehlungen der einzelnen Zeitungsblätter kamen, wurde das Gerücht in die Welt gesetzt, das Regiment Reinhardt rücke an, um sich der Befehlungen zu bemächtigen, und zwar wurden der Vorwärtsbefehl andere Befehlungen erzählt, als der Befehl von Wolff, und den Befehlungen von Wolff und Willein wieder etwas anderes als der von Scherl. Aus Nervosität begannen die Soldaten an allen Ecken zu schießen. Wer ein Interesse an der Verbreitung solcher Gerüchte hat, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Bestandsangabe des deutschen Kriegsmaterials.

Reichs-Rat, 12. Febr. Der Oberste Rat der Alliierten ließ der deutschen Obersten Delegation am 10. Februar in Spa mitteilen, daß er von ihr eine Bestandsangabe über das Material in Deutschland vorrätig oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere über die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der schweren und leichten Geschütze, der Flugzeugmotoren und der Seeflugzeuge. Er begründet die Forderung mit der Polenfrage und mit der Notwendigkeit, die Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes festzusetzen.

Die Lage im Osten.

Berlin, 12. Febr. Die vor einigen Tagen so hoffnungsvoll begonnene Offensive der deutschen Truppen bei Bromberg mußte wegen einer politischen Streitigkeit bei den deutschen Truppen plötzlich abgebrochen werden. Die deutschen Truppen hatten sich südlich der Bahnlinie Bromberg-Schneidemühl eine brückenartige Stellung in der Linie Schneidemühl-Neutrichen-Samotlenka geschaffen und waren dann erfolgreich auf Eil und Schuß vorgestoßen, da traten politische Streitigkeiten hindernd in den Weg. Der Bromberger Soldatenrat hatte den kriegsministeriellen Erlaß über die Kommandogewalt nicht anerkannt. Die Truppen brachen die Gefechtsfähigkeit ab und bildeten einen neuen Soldatenrat. Infolge dieser Ereignisse in den vordersten Linien mußte die Offensive abgebrochen werden. Die Truppen mußten hinter Schneidemühl zurückgenommen werden. Nur eine Kompanie der republikanischen Soldatenwehr, deren Kompanieführer, Leutnant Barthelmeier, sich weigerte, zurückzugehen, blieb trotz aller Warnungen des Abschnittskommandeurs in vorgeschobener Stellung allein zurück. Infolgedessen wurde die Kompanie bald darauf von den Polen von drei Seiten mit Uebermacht angegriffen und fast vollständig aufgerieben. Auch Leutnant Barthelmeier fiel.

Was würde der Verlust Posen für das Reich und Preußen bedeuten?

Im Taumel der ersten Revolutionen stand das deutsche Volk soeben im Begriff, wie ein Verschloßener Pöbel und Güter, die mit der Wägen Blut und Schweiß in hartem Ringen erkauft sind, auf das Leichtfertige aufzugeben. Bereits dringt die Kunde nach der Hauptstadt, daß die Lebensmittelpreise aus Posen ausbleiben. Was das für das Reich und Preußen bedeutet, wird jedem klar werden, der einen Blick auf die folgenden statistischen Daten wirft. Wie das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich angibt, besaß Posen unter allen preussischen Provinzen (nach Schlesien und Ostpreußen) nicht nur die drittgrößte Fläche, sondern es hatte auch von seiner gesamten Bodenfläche einen größeren Prozentsatz (63,7 Proz.) unter den Pflügen genommen als irgend eine andere Provinz. Es ist daher kein Wunder, wenn von der Durchschnittsernte des in den letzten fünf Friedensjahren 1910 bis 1914 in dem Königreich erzeugten Roggens 14,1 Proz., von der Gerste 15,2 Proz., von den Kartoffeln 14 Proz. und von den Getreidearten 16,5 Proz. allein auf Posen entfielen. Zugewinnen ist die Bedeutung dieser Provinz für unsere Volksernährung aber noch weiter gestiegen, so daß Posen im Jahre 1918 ein Fünftel der gesamten Kartoffelerzeugung für Preußen und ein Sechstel der gesamten Viehzucht für das Deutsche Reich beitrug werden konnten. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Zuckerpflanzung, da Posen allein 14,4 Proz. des gesamten preussischen und 11,4 Proz. des gesamten deutschen Zuckers erzeugt hat.

Bedeutend ist auch die Rinder- und Schweinehaltung der Provinz, und wenn Posen in dieser Beziehung 1914 unter den preussischen Provinzen auch nur die sechste bzw. achte Stelle einnahm, ging seine Viehzucht während der letzten Jahre doch weit über den Durchschnitt Deutschlands hinaus und hat bei der Versorgung des deutschen Fleischmarktes eine sehr große Rolle gespielt. Trotz der Inflation des Krieges eingetretene Verringerung des Viehbestandes wurden aus Posen durch den Viehhandelsverband in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis zum 1. Oktober 1918 352 976 Rinder und 300 067 Schweine abgefleht. Berücksichtigt man schließlich, daß die berühmten Posener Saatzüchtereien auch große Gebiete Süd- und Westdeutschlands mit den erforderlichen Saatzkartoffeln — 1918 sind bereits 3,3 bis 3,4 Millionen Zentner nach dem Westen ausführt worden — und mit Getreideanbau versehen, so muß jeder unbefangene Urteilsende zugeben, daß Posen für die Ernährung des deutschen Volkes unentbehrlich ist, und daß der verbleibende Rest des Reiches, falls die gemischtsprachlichen Gebiete Ostpreußens, Westpreußens und Schlesiens von ihm ebenfalls abgetrennt werden sollen, zum langsamen Hungertode bzw. zur ewigen Lohn-Klaver verdammte sein würde.

Die besetzten Gebiete.

Die Warenversorgung des linken Rheinufer. Die Times meldet: Das Handelsministerium hat eine allgemeine Lizenz erteilt, die die Firmen berechtigt, Waren nach den Gebieten auf dem linken Rheinufer,

die von den Verbündeten besetzt sind, zu senden und für die Beförderung und Versicherung solcher Waren zu sorgen.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 11. Febr. (Havas.) Die Kommission der Friedenskonferenz hörte am Nachmittag ein Exposé über die belgischen Ansprüche. Der Außenminister Symons gab das belgische Programm bekannt. Es verlangt eine Grenzberichtigung zwischen Belgien und Holland und fordert, daß die Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde von der Mündung bis Antwerpen durch die Rückhaltung der holländischen Enclave von Limburg, die sich auf der rechten Seite von Maastricht bis Roermond und südlich davon erstreckt, gesichert wird. Weiter führte Symons aus, daß Montjoie und Malmédy, deren Bevölkerung rein wallonisch sei, bis zum Jahre 1915 belgisch gewesen sei. Er entwickelte die Ansicht, daß ein neutrales Luxemburg im neuen Europa einen wahren Widerstand darstellen würde und legte dar, daß das Land schon morgen einen Korridor für einen deutschen Einfall bilden könne. Symons zieht den Anschluß Luxemburgs an Frankreich oder Belgien in Betracht, sei es durch eine Zoll- und Militärkonvention, sei es durch Personalunion.

Das Volk im Taumel.

Der Volksbeauftragte Wissel bespricht in einem Artikel die schweren Gefahren, die unserem Volk und Staat aus der zunehmenden Arbeitslosigkeit der großen Masse erwachsen. Wissel weist darauf hin, daß alle unsere Vorkräfte erschöpft seien, daß der Boden nicht mehr hergebe, was er früher gegeben habe, daß die Industrie über keine Rohstoffe mehr verfüge und daß die Verkehrsmittel nicht mehr leistungsfähig seien. Unsere Volkswirtschaft leide nach Arbeit, Eisenbahnmateriale, Straßen, Häuser bedürfen der Erneuerung; die Landwirtschaft verlange nach einheimischen Kräften; der Schiffbau leide unter Arbeitermangel; der Verkehr brauche Menschen. 15 Milliarden schulden wir dem Auslande vom Kriege her, für 30 Milliarden brauchen wir Rohstoffe und Lebensmittel vom Auslande allein für das erste Friedensjahr. Der Ernst unserer wirtschaftlichen Lage sei weiten Kreisen des Volkes noch nicht aufgegangen. Täglich — so fährt Wissel fort — erleben wir neue Streiks, Demonstrationen, Unruhen und Unrast in den Massen. Millionen von Arbeitslosen verlieren wir täglich. Das Volk lebt in einem Taumel. Es sieht nicht, daß nur eines allein uns retten kann: die Arbeit, die allein Werte schafft. Schon wird das Ausland gegen uns mißtrauisch. In der Schweiz und in Dänemark sind unsere Großbanken die Kredite gekündigt worden. Ohne Waren als Gegengabe fehlt jede Möglichkeit, Rohstoffe und Lebensmittel vom Auslande zu erhalten. Und bei allem in den Großstädten Hunderttausende von Arbeitslosen! Unzählige werden auf Grund der Erwerbslosen-Hilfe mit verhältnismäßig hohen Summen unterstützt, Summen, die oft weit höher sind als der Arbeitslohn von Angestellten und Arbeitern, so daß wirklich manchem der Ansporn fehlt, sich um Arbeit zu bemühen. Wissel weist dann nach, daß alle diese Zustände uns unvermeidlich dem Zusammenbruch entgegenreißen, und schließt: Arbeiter, die streiken, ohne ihre Beschwerden Schiedsgerichten zu unterwerfen und ihre Klagen zum Urteil der Öffentlichkeit unterbreiten, sind keine Sozialisten. Soll unser Wirtschaftsleben wie es gesunden, so müssen wir mehr arbeiten — wir arbeiten heute weniger; wir müssen billiger arbeiten — wir arbeiten zu teuer.

England.

Das Verbot des Banes von U-Booten. Dem Daily Express zufolge erklärte sich die britische Admiralgouverneur, dem Verbot des Banes von U-Booten zuzustimmen, wenn allerseits geeignete Bürgschaften gegeben würden, daß das Verbot nicht umgangen werden könne.

Rumänien.

Wien, 12. Febr. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In Rumänien sind Unruhen ausgebrochen. Die königliche Familie verließ nach Jassy zu flüchten, mußte aber, weil Arbeiter die Straße versperrten, nach Bukarest zurückkehren. Das königliche Palais wurde beschossen, der König leicht verletzt. Die Finanzen des Landes sind vollkommen zerrüttet.

Deutschland.

Berlin, 11. Febr. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat die Alliierten in der Sitzung am 10. Februar, infolge der schlechten Ernährungslage in Aachen und Köln die Einfuhr der in Holland überflüssigen Lebensmittel nach diesen beiden Städten freizugeben.

Die Folgen der Sozialisierung in Braunschweig. In dem unabhängig regierten Braunschweig hat man in ganz radikaler Weise mit der Sozialisierung der Betriebe begonnen. Unter diesen Betrieben befindet sich auch die bekannte Braunschweiger Maschinenfabrik A.G. Die Folge davon war, daß der größte Teil der Arbeiter, ja sogar von der Reichsregierung ein mehrere Millionen betragender

Austrag, mit dem Bemerkten zurückgezogen wurde, man könne den Betrieben unter den jetzigen dortigen Verhältnissen nicht mehr das nötige Vertrauen schenken. Wie hoch und ungesund die Lohnforderungen sind, beweist folgender Fall: Einem kleinen Tischler wurde vom A.-S.-R. die Erlaubnis zur Schließung seines Betriebes erteilt, nachdem er einwandfrei nachgewiesen hatte, daß ein Bettgestell ihm 300 Mk. Schließpreis kostete. Die Braunschweiger Gasmotorenfabrik sieht sich infolge der Lohnforderungen gezwungen, ihren Betrieb zu verlegen. Daß dadurch Arbeitslosigkeit mit Hunger, Plündern u. Anarchie im Gefolge in Braunschweig einzieht, das wollen die Machthaber dort nicht einsehen. (Nach den Erklärungen Joffes im Petersburger Sowjet wurde ein Abkommen mit den Unabhängigen und der Z.-Kriegsgruppe getroffen, die bolschewistische Herrschaft in Deutschland mit Gewalt zu errichten durch Vernichtung des Kapitals. Das Kapital wird am schnellsten entwertet durch eine überhöhte und ungewöhnliche Sozialisierung, durch übertriebene Lohnforderungen und Streiks. Dadurch sinkt die Produktion und der Kredit des deutschen Handels im Ausland wird völlig abgeknüpft. Ein ruiniertes Deutschland, nach dem Beispiel Rußlands so steht der radikal- und sozialistische Zukunftsstaat aus! Schriftl.)

Der Sitz des Reichspräsidenten. Der „Vorwärts“ schreibt: Der neue Präsident der Republik, Friedrich Ebert, wird zunächst seinen Sitz in Weimar beibehalten, um mit der Nationalversammlung und der Regierung in ständiger Fühlung zu bleiben. Später wird er seine Niederlassung nach Berlin verlegen. Das Haus, in dem der Reichspräsident in Berlin seinen Wohnsitz nehmen wird, ist noch nicht bestimmt.

Die Verteilung der Reichsämtler. Die Ministerliste ist dahin vervollständigt worden, daß der Demokrat Gotheil das nach der Umbildung entstehende Reichsfinanzamt übernimmt und der Demokrat Kauma als Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes eintritt.

Sitzung der Stadtverordneten

zu Bad Oms, am 14. Februar 1919.

Anwesend der Vorsitzende Franz Ermisch und 18 Stadtverordnete, vom Magistrat Beigeordneter Otto Balzer und Schöffe Hilke.

1. Die Beizung Schweizerhaus wird für 1919 wieder an Franz Rosenbach zum jetzigen Pachtzins von 620 Mark verpachtet, ebenso die Beizung am Konfordinarium an Wwe. Weider zu 55 Mark und der Hütelagerraum im Schlachthof an Metzgermeister Menges auf die Dauer von 3 Jahren für 400 Mark jährlich.

4. Einmalige Kriegsteuerzulage. Die vom Finanzamt zur Beratung überreichte Vorlage betreffend Gewährung einer einmaligen Kriegsteuerzulage nach den für die Staatsbeamten maßgebenden Sätzen an die Beamten der Stadt wird zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Antrag sieht ferner für die über 10 Jahre in städtischen Diensten stehenden Arbeiter einen Zuschuß von 150 und für die über 3 Jahre in der Kommune tätigen einen solchen von 100 Mark vor. Die Zulagen für die Beamten sind nach dem Gehalt abgestuft und betragen 1080 Mark für den Bürgermeister, dann ca. 900, 800, 500, 350 und 250 Mark für die mittleren und unteren Beamten und Ruhegehalts empfänger. Insgesamt werden 19500 Mark gefordert. Die Kommission befürwortet den Magistratsentwurf. Vorsitzender Ermisch empfiehlt die Annahme der Zulagen nach den Vorschlägen des Ausschusses und spricht die Hoffnung aus, daß dies die letzte derartige Vorlage sein möge. Würde noch eine weitere kommen, dann sei zu bezweifeln, ob die Stadt in der Lage sei, die Kosten anzubringen. Er weist dann nach, daß die Gehälter der mittleren Staatsbeamten höher sind als die der städtischen. Stadtv. Fischer führt aus, daß die Kommission keine Streichungen habe vornehmen können, da z. B. die Lehrschaft die Beiträge schon längst bezogen habe und man ungerecht handeln würde, wenn man sie den übrigen im städtischen Dienste Beschäftigten vorenthalten wolle. Stadtv. Sanner erklärt, er sei nicht gegen die Steuerzulage, halte es jedoch nicht für angebracht, diese prozentuell nach den Gehaltsklassen abzustufen. Wenn der Bürgermeister 1080 Mark erhalte und andere nur ein paar hundert Mark, so sei das nicht gerechtfertigt; dann es handle sich nicht um Gehalt, sondern um Steuerzulage, die jedem gleich zustehe. Vorsitzender Ermisch erinnert an das Verfahren in Diez, wo man auch nicht das prozentuelle Verhältnis zugrunde gelegt habe. Stadtv. Graef befürwortet die Vorlage, da der Unterschied in der Lebenshaltung sehr richtig werden müsse. Einer der Beamten habe gesagt, daß es ihm nicht um das Geld sei, sondern um das Recht, und daß er die Sache eventuell in die Lage versetzt werden werde, da die Zulagen in vorgelegter Form bewilligt werden müßten. (Dro-Buse.) Wenn man ein zufriedenes Beamtenkorps haben wolle, so müsse man ihm diese Gelder nicht vorenthalten. Er halte den Vorschlag des Stadtv. Sanner nicht für gerecht. Vorsitzender Ermisch meint, die Klageandrohung schreie ihn wenig. Doch sei er des lieben Friedens willen für die Annahme der Vorlage, in der Voraussetzung, daß nicht bald wieder eine solche komme. Stadtv. Karl Voh unterstützt den Antrag Sanner und weist auf die schwierige Lage des Mittelstandes hin, der auf rückzahlbare Darlehen angewiesen sei. Stadtv. Geheimrat Dr. Neuter betont, daß die Steuerzulagen immer auf Grund des Gehalts bewilligt worden seien. Dieser Maßstab müsse beibehalten werden. Stadtv. Fischer bemerkt, daß die Differenzen der Zulagen ihren Grund in der verschiedenen Kinderzahl hätten. Stadtv. Sanner: Was an die Oberlehrer und die Staatsbeamten bezahlt würde, müsse auch den anderen billig sein. Die neue Regierung schreibe vor, daß die Zulagen in derselben Weise bewilligt werden sollten wie bisher. Stadtv. Karl Voh: Wenn die Verhältnisse danach wären, so würde er nichts gegen die Bewilligung einwenden. Aber man gehe schweren Zeiten entgegen, und die Stadt habe für derartige Bewilligungen kein Geld. Außerdem wisse man nicht, ob der Staat bezahle. Deshalb solle jedem das Gleiche gegeben werden. Stadtv. Curschmann hält es für unmöglich, jetzt den Maßstab für die Bewilligung zu

ändern. Dann hätte von Anfang an so gehandelt werden müssen. Stadtv. Graef weist die Frage auf, warum man den städtischen Beamten, die viel leisteten, nicht gerecht werden wolle, da man doch den Lehrern, die sehr viel leisten hätten, die Sätze bewilligte. Stadtv. Sanner gibt zu, daß die Beamten außerordentliche Arbeit zu bewältigen hätten; eine Zulage solle ihnen auch werden, doch nicht nach dem vorgeschlagenen Modus. Im übrigen spreche er im Interesse der Bevölkerung, die das Geld aufbringen müsse. Nachdem Stadtv. Dichte sich für den Antrag Sanner ausgesprochen und Stadtv. Schupp einen Einheitsatz von 300 resp. 150 Mark vorgeschlagen hätte, wurde zur Abstimmung geschritten. Die Zulagen in Höhe von 19500 Mark werden nach dem vom Finanzausschuß beschlossenen Modus mit 14 gegen 4 Stimmen angenommen.

3. Die Malbetsbahn-Akt.-Gesellschaft teilt mit, daß sie wegen der Kohlenverknüpfung vom 1. Februar an eine Erhöhung des Strompreises um 1,5 Pfg. für die Kilowattstunde eintreten lassen müsse. Dem wird zugestimmt.

6. Die Bestimmungen für Gewährung von zinslosen Darlehen an Bürger, die sich in vorübergehender Notlage befinden, hat der Magistrat dahin abgeändert, daß Beträge bis zu 200 Mark für 1 Jahr gegen Sicherheitsleistung gegeben werden sollen (anstatt bisher 100 Mark auf 6 Monate). Die Abänderung wird angenommen.

7. Einführung der Erwerbslosen-Fürsorge. Aufgrund regierungsseitiger Verordnung soll die Erwerbslosen-Fürsorge eingeführt werden, worüber die generellen Bestimmungen verlesen werden. Es sollen nur solche Leute darauf Anspruch haben, die nachweisen, daß sie absolut keine Arbeit bekommen können. Die Beteiligten sind verpflichtet, den Arbeitsnachweis aufzusuchen und jede geeignete, auch außerhalb ihres Berufes liegende Arbeit anzunehmen. Anstelle der Geldunterstützungen können auch Sachleistungen treten; die Dienstleistungen sollen nicht den Charakter von Armenunterstützungen haben. Der Magistrat schreibt dazu, daß ein Bedürfnis der Fürsorge hier vorliege, weshalb er sich der Einführung nicht verschließen könne. Es sei bereits ein aus 4 hiesigen Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern bestehender Ausschuss in der Angelegenheit gebildet mit Beigeordnetem Otto Balzer als Vorsitzendem. Für Unterstützungen seien vorgesehen: für männliche Personen von 21 Jahren und darüber 3,50 Mark für den Tag, für solche von 18—20 Jahren 3 Mark, von 14 bis 17 Jahren 2 Mark, für weibliche Personen über 18 Jahre 2 Mark, von 14 bis 17 Jahren 1,50 Mark. Stadtv. Sanner hat gegen die Einrichtung nichts einzuwenden, befürwortet jedoch die Bereitstellung von Notstandsarbeiten, wobei er an die von ihm schon oft angeregte Deblondpflanzung mit Obstbäumen erinnert. Beigeordneter Balzer erwidert, daß bereits Notstandsarbeiten in Aussicht genommen seien, womit gegenwärtig 22 Leute beschäftigt würden; eine weitere Anzahl habe sich noch gemeldet. Für die Erwerbslosenfürsorge kämen vorläufig 5 Personen in Betracht. Stadtv. Graef weist darauf hin, daß es sich hierbei meist um Hausleute und ähnliche Berufsangehörige handle, denen nicht ohne weiteres körperliche Arbeit zugeordnet werden könne. Stadtv. Sanner erwidert, daß im Falle doch Angehörige aller Berufe gewesen seien, die ebenfalls Erdbarbeiten usw. verrichten hätten. Warum solle das hier nicht möglich sein? Vorsitzender Ermisch: Beim Militär seien auch viele Männer im kräftigsten Mannesalter in Betracht gekommen, hier handle es sich jedoch vielfach um ältere Leute, denen nicht ohne weiteres zugemutet werden könne, schwere Arbeit zu leisten. Die Entlohnung für die Notstandsarbeiter solle 5 Mark für den Tag betragen. Beigeordneter Balzer teilt mit, daß einer der Erwerbslosen nachgewiesen habe, daß er keine körperlichen Arbeiten verrichten könne. Der Magistrat werde von Fall zu Fall prüfen. Stadtv. Sanner stimmt letzterem Vorschlag zu, beantragt aber, um falschen Auslegungen vorzubeugen, das Wort „geeignete“ (Arbeit) zu streichen. Mit dieser Änderung wird dem Magistratsbeschluss zugestimmt.

8. Vorschussleistungen auf Einquartierungskosten. Die zur Prüfung dieser Frage gewählte Kommission hat zwei Sitzungen abgehalten und beschlossen, daß alle baren Auslagen, wie für Licht, Brand, Wasser und kleinere Reparaturen sofort von der Stadt vergütet werden sollen und daß für die Abmahlung der Räume ein Pauschalatz von 20 Pfg. pro Kopf und Tag der Einquartierung, vorbehaltlich späterer Berechnung, abgeschrieben werden solle. In der Versammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß kein Zweifel an der späteren Vergütung der Kosten durch den Staat bestehe. Jedoch müßten die Hauseigentümer vorerst eine Sicherheit haben und wissen, an wen sie sich zu halten hätten; denn davon, daß sie etwa selbst die hohen Summen zahlen sollten, könne keine Rede sein. Stadtv. Sanner betont, daß der Staat die Sache auf sich nehmen werde. Vorerst müsse jedoch die Stadt dafür eintreten und sich zur Zahlung verpflichten; denn es werde große Rechnungen geben, hätten doch einzelne Häuser allein für Licht über 1000 Mark ausgegeben. Der außer den Barvergütungen angenommene Pauschalatz sei sehr niedrig; es handle sich dabei ja auch nicht um wirklichen Kostenersatz, sondern um einen Abschlag. Stadtv. Dichte erklärt, daß der Satz von 15 und 20 Pfg. in den 70er Jahren festgesetzt worden sei, der bei den heutigen Verhältnissen natürlich nicht mehr gelten könne. Stadtv. A. Linenbach erklärt, daß der näheren die Beschlüsse der Kommission und formuliert folgenden Antrag, der angenommen wird: Es sollen vorläufig bezahlt werden die baren Mehrausgaben gegen die Friedensjahre an Licht, Brand, Wasser und kleineren Reparaturen. Außerdem soll ein Pauschalatz von 20 Pfg. pro Kopf und Tag der Einquartierung festgesetzt werden. Die Kommission kann in denselben Verhältnissen einen Satz für Vorrat, Kücheneinrichtungen, Ställe usw. ansetzen. Die Zahlungen geschehen als Abschlag vorläufig.

9. Instandsetzung der Waldwege. Seit einer Reihe von Jahren ist nur noch das Allernotwendigste für die Instandsetzung der Waldwege getan worden, die sich daher

fast sämtlich in schlechtem Zustande befinden. Mit den zahlreichen freien Arbeitskräften kann nun mittels Handarbeiten hier Besserung geschaffen werden. Bis zum 3000 Mark für diesen Zweck veranschlagt worden, soll Beschluß gefaßt werden, wieviel Geldmittel die Verwaltung hierfür noch geben will. Zur Ausführung der Hauptholzabfuhrwege von der Eisenbahn bis zum Dillertal werden insgesamt 6—7000 Mark benötigt, um deren Bewilligung der Magistrat nachsucht. Die Kosten werden bewilligt. Des weiteren macht der Magistrat Vorlage zur Bereitstellung weiterer Notstandsarbeiten im Betrage von 10000 Mark. Es handelt sich hier um Holzschläger- und Waldwegeinstandsetzung, Aufräumung des Friedhofes, Baumpflanzungen usw.; es soll vermieden werden, über jede Einzelheit erst Vorlage machen zu müssen, weshalb gleich ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt werden soll für die Notstandsarbeiten im allgemeinen. Der Aussprache hierüber beteiligen sich besonders die Stadtv. Schupp und Voh. Stadtv. Schupp möchte eine Kommission zur Beaufsichtigung der Arbeiten gewählt wissen, damit das Geld richtig verwendet und auch nur gutes Material verwendet werden möge. Stadtv. Voh wünscht, daß namentlich die Hauptwege in Ordnung gebracht werden. Oberstadtschreiber Kauf weist gegenüber der von Stadtv. Sanner vorgebrachten Anregung wegen Deblondpflanzung darauf hin, daß dazu wegen der sehr teuren Preise für Bäume jetzt keine die geeignete Zeit sei. Die 10000 Mark werden bewilligt. Davon sollen 1/4 auf Konto Krieg, 1/4 auf Konto Stadt, 1/2 auf Konto Waldwege veranschlagt werden. Die Zahl der Notstandsarbeiter soll 15 nicht übersteigen. Der Lohn ist bei achtstündiger Arbeitszeit 1 Mark.

10. Abänderung der Fassung der Darlehenshilfe. Es handelt sich um die 50000 Mark-Stiftung. Stadtv. Geheimrat Dr. Neuter schlägt vor, die Darlehen (bis zu 1000 Mark) das erste Jahr zinslos, für das zweite zu 2 Prozent, für das dritte zu 3 und später zu 4 Prozent zu verleihen. Dem wird zugestimmt, ebenso einem Antrag V. Leichrodt, der Magistrat möge bei den Darlehensverleihungen in den einzelnen Fällen noch ein paar Mitglieder zur Beratung ausheben, also nicht ganz selbständig beschließen.

Es werden noch eine Beschwerde betr. Mißstand an der Arzbacherstraße (unterem Hoffungstollen) durch Stadtv. Voh sowie eine Anfrage des Stadtv. Leichrodt betr. Schlagen von Kiefernholz für die hiesigen Handwerker vorgebracht. Oberstadtschreiber Kauf erwidert, daß letztere erst den Bedarf feststellen sollten.

Zum Schluß teilt Beigeordneter Balzer mit, daß, als dem Bürgermeister in Diez mitgeteilt wurde, der Regierungpräsident sich jetzt keine Anweisung erhalten habe betreffend Bismarck, der Gemeindevorstand, ferner daß in dem von den Franzosen besetzten Gebiet keine Wahlen stattfinden dürften.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1. Postverkehr nach dem unbesetzten Deutschland. Auf die diesbezügliche Bekanntmachung im heutigen Kreisblatt sei hiermit besonders hingewiesen.

2. Die Gutscheine der Rheinprovinz verlieren am morgigen 15. Februar ihre Gültigkeit.

3. Dörselbach, 6. Febr. Ein Großfeuer löschte Scheune, Stallung und Remise des Landwirts Maurer herein. Sämtliches Futter, Stroh, Maschinen und Gerate wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden ist bedeutend. Neun Pferde der französischen Artillerie konnten gerettet werden.

4. Wiesbaden, 11. Febr. Der Plan der Errichtung eines Handwerkskammerhauses, für den bekanntlich schon seit längerer Zeit ein Grundstück vorhanden ist, macht neuerdings weitere Fortschritte. Auf ein Ersuchen an den Bezirksverband, welcher in unmittelbarer Nähe des Landeshauses einen sich gut eignenden Bauplatz zur Verfügung hat, hat die Handwerkskammer das gewünschte Gut gegenkommen gefunden. Wenn auch die diesbezüglichen Verhandlungen noch in der Schwebe sind, so erscheint doch eine Einigung auf der Grundlage wahrscheinlich, daß der Bezirksverband das Gebäude auf seine Kosten errichtet, und daß er, wie es auch vielfach von der Postverwaltung geschieht, einen Pachtvertrag mit der Handwerkskammer abschließt zu einem Betrag, welcher eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Baukapitals einschließlich des Wertes des Baugeländes sicherstellt. Jüngst ist Landbauminister Müller mit der Ausarbeitung der Baupläne und Kostenanschläge beschäftigt.

5. Wiesbaden, 10. Febr. Weil sie in dem Besitz neuerer Nummern einer Frankfurter Zeitung gewesen, wurde eine Frau aus Egelbach in eine Geldstrafe von 800 Mark genommen.

6. Königstein, 2. Febr. Die Herzogin von Nassau, Gräfin Herzogin-Witwe Maria Adheid von Luxemburg nimmt demnächst für längere Zeit im hiesigen Schloß Wohnung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die soeben zurückgekehrte Gräfin Herzogin Adheid von Luxemburg vorerst Königstein als Wohnort erwählt, da sie wegen ihrer deutschfreundlichen Gesinnung fortgesetzten Angriffen durch die Luxemburger Bevölkerung ausgesetzt ist.

7. Offenbach a. M., 10. Febr. Um die überhandnehmenden Tanzbelustigungen zu unterbinden, hat der Volksrat für die Stadt und den Landkreis Offenbach eine äußerst scharfe Verfügung gegen die Tanzlustbarkeiten erlassen. Es sind nicht nur einer Korporation von über hundert Mitgliedern Tänzereien in der Zeit bis zum 1. April d. J. gestattet.

8. Vom Vogelsberg, 11. Febr. Der Begründer des Vogelsberger Hochwaldhauses regt die Verpachtung des von ihm kostenlos zur Verfügung gestellten Grund und Bodens in einem Flächenraum von 10000 Quadratmetern als Siedeland für heimgekehrte Kriegsteilnehmer an. Es sind insgesamt 30 Ansiedelungen mit einem Grundstücke von je 3 Morgen (2500 Quadratmeter) Größe vorgesehen.

9. Sobernheim, 1. Febr. Hier wurden gestern die ersten Tabakblätter der Rentner zu 600 Mark abgeschlossen, ein Preis von so unerhörter Höhe, wie er noch niemals erreicht wurde.

10. Montabaur, 6. Febr. Am 5. d. Mts. abends 8 Uhr fand am Gasthof Rals hier eine Versammlung der hiesigen

Handwerksmeister und Gewerbetreibenden statt, zwecks Stellungnahme zu den am 2. März d. J. abzustimmenden Stadtverordnetenwahlen. Nach längerer Beratung wurde von der Wahl von Kandidaten in dieser Versammlung abgesehen, dagegen wurden 21 Personen als Kandidaten aus dem Handwerker- und Gewerbeverband vorgeschlagen, welche den der Gruppe angehörigen Wahlberechtigten durch Zettel mitgeteilt werden. Jeder Wahlberechtigte soll ersucht werden, am Montag, den 10. d. Mts. in Briefumschlag — verschlossen — 10 Personen aus dem Handwerker- und Gewerbeverband anzugeben, die als Kandidaten in Vorschlag gebracht werden. Jedem Handwerksmeister und selbständigen Gewerbetreibenden wird am 8. Februar ein Briefumschlag mit fünf Wahlzetteln zugehen, als die betr. Familie Wahlzettel hat. Die verschlossenen Briefe werden am Montag, den 10. d. Mts. durch Beauftragte abgeholt und an demselben Tage abends 7½ Uhr (amerikan. Zeit) im Gasthof Rath von der hierzu erwählten Kommission unter Leitung der Vorsitzenden des Gewerbevereins und der Innung geöffnet und das Resultat ermittelt. Jedermann kann dieser Ermittlung beiwohnen. Es wird alsdann versucht, mit anderen Korporationen eine Vereinbarung zu treffen, zwecks Einreichung einer gemeinsamen Wahlvorschlagsliste.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Vom Tage. Das verhältnismäßig milde klare Frostwetter hält bei Windstille und prächtigem Sonnenschein weiter an, so daß die Freunde des gesunden Wintersports noch auf ihre Rechnung kommen. Besonders die Eisbahn auf der Bahn oberhalb des Bahnhofs findet außerordentlich viel Zuspruch, und bis zum Einbruch der Dunkelheit wird die von den meisten wohl lange Jahre nicht genützte Kunst wieder erprobt. Auch die Jüngeren, die während des Krieges wenig Gelegenheit zum Sport hatten, suchen das Verfallene nachzuholen. Hauptsächlich bringt der morgige Witterungswechsel nicht schon einen Witterungswechsel, der nicht nur in sportlicher, sondern vor allem in gesundheitlicher Hinsicht wenig erwünscht wäre, wenn auch andererseits wegen der vielfach vorhandenen Kälte ein milderer Wetter keine Vorteile hätte. — Heute morgen zeigte das Thermometer 7—8 Grad unter Null.

Examen. Referendar Wittig, z. St. im Ref.-Lazarett Marburg, hat an dortiger Universität das Doktorexamen cum laude bestanden.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Holzversteigerung.

Samstag, den 15. I. Mts., vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im Stadtwalde von Bad Ems die nachbezeichneten Holzmassen gegen Zahlungsausstand zur Versteigerung:

1. Distrikt Rohlhied 45.
etwa 8 Km. Verbrennholz und 40 Km. Reiserknüppel.
2. Distrikt Hunert 54.
2 Eichen-Stämme 2. Klasse mit 2,39 Festmeter (Nr. 1 und 115).
17 Eichen-Stämme 3. Klasse mit 14 Festmeter (Nr. 2, 5, 7, 19, 46, 109, 112, 113, 114, 116, 131, 139, 142, 151, 156, 167 und 185).
1 Buchen-Stamm 3. Klasse mit 1,04 Festmeter.
175 Km. Eichen-Scheit und Knüppel.
111 Km. Buchen-Scheit und Knüppel.
102 Km. Reiserknüppel.
3. Distrikt Hunert 53a.
4 Eichen-Stämme 1,58 Festmeter.
3 „Anders-Baubholz“-Stämme mit 1,25 Festmeter (Wicken).
108 Km. Eichen-Scheit und Knüppel.
72 Km. Buchen-Scheit und Knüppel.
64 Km. Reiserknüppel.

Die Versteigerung beginnt im Distrikt Rohlhied bei Nr. 204, wird im Distrikt Hunert 54 fortgesetzt und zum Schluß gegen 12 Uhr bei der Denzertende Distrikt 53 begonnen.

Bad Ems, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat.
Dr. Schubert.

Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Mittmeister.

Bekanntmachung.

Am Kriegendenkmal ist eine von den Besatzungsstruppen gebrauchte Treppentreppe verschwunden. Wer über den Verbleib der Treppe Auskunft geben kann, wolle sich im Polizeibüro melden.

Bad Ems, den 3. Februar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Mittmeister.

Mit Genehmigung der Ortsmilitärbehörde

Christl. Metallarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr im Lokal J. C. Flöck, Marktstraße

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht.
 2. Vorstandswahl.
 3. Vortrag des Kollegen Focher, Neuwied.
- Erscheinen aller Mitglieder in Ehrenpflicht.
Mitgliedsbuch oder Karte muß vorgezeigt werden. [196]

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben, teuren Mutter, sowie für die reichen Kranzspenden und den Schwestern im Marienkrankenhaus für die treue Pflege, sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Paula Roth,
Familie Dietrich.

Bad Ems, den 13. Februar 1919.

[192]

Danksagung.

Für die uns bewiesene herzliche Anteilnahme danken innigst.

Clara Koenigsberger,
geb. Goldschmidt,

Bessy Koenigsberger,
Hans Koenigsberger.

Diez, den 13. Februar 1919.

[193]

Die glückliche Geburt eines prächtigen

Mädchens

zeigen hoch erfreut an

Oskar Dülfer u. Frau

Else, geb. Deller.

Cassel, den 3. Februar 1919,

354

Süddeutsches Bier

in Flaschen wieder eingetroffen.

[183]

C. Albert, Bad Ems.

Telefon 217.

Lebensmittelfelle für den Stadtbezirk Diez

Freitag, den 14. Februar:

125 Gramm Graupen auf Abschnitt 20

250 Gramm Runkelrübe auf Abschnitt 21 der Lebensmittelkarten

in allen Geschäften.

Fleisch und Fleischwaren: Verkaufsstellen in dieser Woche die Metzgereien Friedr., Hasenkamp, Adolf Marxheimer, Julius Marxheimer und Nold.

Samstag, den 15. Februar:

Margarine oder Rinderfett gegen den in dieser Woche fälligen Abschnitt der Fettkarten in den bekannten Verkaufsstellen.

Dienstag, den 18. Februar, vormittags 7,30 bis 11,30 Uhr (neue Zeit) Umtausch der Fleischkarten. Zugleich wird an Kinder unter 6 Jahren gegen Vorzeigung der Kinderfleischkarten ein Paket Puddingpulver ausgegeben.

22 Pfg. sind abgezählt mitzubringen. Gegen jeden Nummernabschnitt 4 der Preisunterarten können im Laufe des Monats Februar in allen Zuckerverkaufsstellen 750 Gramm Zucker oder Mandis entnommen werden.

Wichtig für Selbstversorger u. Kommunalverbände.

Wir verarbeiten in unserer modern eingerichteten neuen **Hafermühle** gegen Mahlschein Hafer auf **1a. Flocken u. Grütze.**

Andernacher Mühlenwerke G. m. b. H.

Andernach.

[648]

Anfertigung

aller Haararbeiten.

Ausgeklammte Frauenhaare werden zum geschäftlichen Höchstpreise angekauft.

Ph. Wiffing, Diez.

Herren- u. Damen-Friseur-Salon.

783]

Suche für sofort

einen ledigen Viehwärter,

guter Metzger und Pfleger, sowie

einen Jungen von 15 Jahren

zum Milch fahren und landwirtschaftlicher Arbeit. Lohn-ansprüche erbitet

[171]

W. Kramer.

Hof Subenborn bei Singhofen.

Todes- + Anzeige.

Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Mitteilung, dass unsere gute, unvergessliche Tochter, Schwester und Schwägerin

Maria Junk

Dienstag abend 9 Uhr nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, öfters gestärkt durch die hl. Sterbesakramente der kath. Kirche, sanft verschieden ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Mathias Junk,
Annamaria Junk, geb. Briesch,
Rosa Frank, geb. Junk,
Ferdinand Frank.

Bad Ems, Birkenfeld, Fraulautern (Saar)
den 13. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Samstag nachm. 2 Uhr vom Sterbehause, Römerstr. 84, aus statt. Das Seelenamt findet Montag, morgens 6¼ Uhr in der Pfarrkirche statt.

Bruderschaft



zum hl. Josef

in

Bad Ems.

Es hat dem lieben Gott gefallen, unser Mitglied

Herrn Georg Klein

am Montag, den 10. Februar nach längerem Leiden, öfters gestärkt durch die hl. Sterbesakramente der kath. Kirche, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Febr. nachm. 2 Uhr vom Sterbeh. Braubacherstr. 54, aus statt. Das Seelenamt der Bruderschaft ist am Samstag, den 15. Februar, morgens 6¼ Uhr.

Die Seele des Entschlafenen empfehlen wir dem Gebete unserer Mitglieder.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

der Vorstand.

Bad Ems, den 13. Februar 1919.

Es hat dem lieben Gott gefallen, unser Mitglied

Fräulein Maria Junk

nach kurzem Leiden, gestärkt durch die hl. Sterbesakramente der kath. Kirche zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Die Beerdigung findet am Samstag nachmittag 2 Uhr vom Sterbehause Römerstr. 84, aus statt.

Das Seelenamt der Bruderschaft ist am Montag morgens 6¼ Uhr.

Die Seele der Entschlafenen empfehlen wir dem Gebete unserer Mitglieder.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

der Vorstand.

Bad Ems, den 13. Februar 1919.

[190]

Zigarren

in allen Preislagen, sowie reiner Tabak

neu eingetroffen. [184]

Albert Rosenthal, Nassau.

Metallbetten an Privat- und Katalog frei.

Holzrahmenmatt., Kinderbetten.

Eisenmattensystem Euhl i. Thür.

Salittschuhe

Größe 42, Kinderschlitten

billig zu verkaufen. Brau-

bacherstr. 56, Ems. [195]

1 brauner Gehrockanzug

1 grauer Sackanzug

für schlanke Frau sportlich zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle. [187]

Spengler und

Installateurgehilfe

sucht [194]

Wilhelm Daniel, Ems.

Junges

Mädchen

für leichte Arbeit tagsüber gesucht.

Photograph Spalte, Ems.

Kath. Kirchenchor Ems.

Samstag 7½ Uhr Zusammenkunft im Vereinslokal. [191]

Beerdigung des Hrn. Junk.

Heiratsgesuch.

Wittwer, 28 Jahre alt, mit 4 Kindern im Alter von 13, 12, 9 und 4½ Jahren, ev., Eisenbahnarbeiter mit eigenem Haus sucht zwecks späterer Heirat mit ordentlichem Mädchen, nicht unter 18 Jahren, am liebsten vom Lande, welches alle Hausarbeit versteht, in Verbindung zu treten. Off. mit Bild werden unter strengster Verschwiegenheit an die Geschäftsstelle der Zig. u. Nr. 109 erd.

Kirchliche Nachrichten.

Die

Evangelische Kirche.

Sonntag, 16. Febr., Segn.

(Neue Zeit)

Morg. 9 Uhr: Hr. Def. Wilhelm.

abends 4 Uhr: Hr. Vfr. Schwarz.

Katholische Hr. Def. Wilhelm.

Ems.

Israelitische Gottesdienst.

Freitag abend 4,30

Samstag morgen 8,00

Sonntag nachmittag 4,45

Sonntag abend 5,30

Nusskohlen

wieder eingetroffen bei

W. Dypenheimer, Bad Ems.

[198]

Kleine elektrische Anlage zu verkaufen

passend für Mühle oder sonstige Wasserkraft.

Elektrizitätswerk Nievern.

[185]